

Zusammenfassung des Vorsitzes betreffend die Arbeitsergebnisse
des Europäischen Rates

Maastricht - 23./24. März 1981

Der Europäische Rat widmete einen erheblichen Teil seiner Tagung einer ausführlichen und gründlichen Ueberprüfung der derzeitigen Lage der Europäischen Gemeinschaft.

Es wurde einhellig festgestellt, dass die Gemeinschaft unter den derzeitigen schwierigen Wirtschaftsbedingungen nach wie vor eine wesentliche Einrichtung und ein unerlässliches Instrument zur Einschränkung der Auswirkungen der Rezession und zur Herbeiführung eines Umschwungs ist, der auf einer gesunden und dauerhaften Grundlage, einem anhaltenden Wirtschaftswachstum und einer befriedigenden Beschäftigungslage beruht. Im Hinblick auf die Verwirklichung dieses Ziels und die Eindämmung der Inflationsrate ist der Europäische Rat zu dem Schluss gelangt, dass die Fortsetzung einer umsichtigen Währungspolitik, eine gesunde Haushaltsführung und die Neuorientierung der öffentlichen und privaten Ausgaben auf produktive Investitionen wichtige Komponenten darstellen. Der Europäische Rat hat die Auffassung vertreten, dass die Stärkung der Wirtschaftsstruktur der Mitgliedstaaten Bemühungen über mehrere Jahre hinweg voraussetzt und dass sich eine kurzfristige Stimulierung der Nachfrage als unwirksam erweisen wird.

Der Europäische Rat begrüßte die kürzlich von den Regierungen einiger Mitgliedstaaten getroffenen Wirtschaftsmassnahmen.

Auf dem Gebiet der Währungspolitik ist eine Intensivierung des Dialogs mit den Vereinigten Staaten von Amerika insbesondere im Hinblick auf eine konzertierte Haltung bezüglich der Währungspolitik und der Zinssätze wünschenswert. Der Europäische Rat bat den Rat (Finanzminister) entsprechend vorzugehen und seine Arbeit auch im Hinblick auf einen bestmöglichen Einsatz der Mechanismen des Europäischen Währungssystems fortzusetzen.

.../...

Hohe und divergierende Inflationsraten bedrohen sowohl die Wachstumsaussichten als auch den wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenhalt der Gemeinschaft. Der Europäische Rat erörterte in diesem Zusammenhang ferner die Auswirkungen starrer Systeme der Einkommensindexierung und vertrat die Auffassung, dass eine Anpassung solcher Mechanismen in Aussicht genommen werden sollte.

Die hohen und anwachsenden Arbeitslosenzahlen, insbesondere bei den Jugendlichen, erfüllen den Europäischen Rat mit tiefer Besorgnis. Es wurde davon ausgegangen, dass dieser Missstand nicht nur von den Mitgliedstaaten sondern auch auf Gemeinschaftsebene bekämpft werden müsste. Die Grundvoraussetzung für eine allgemeine Wende zum Besseren liegt in der Normalisierung der Beschäftigungslage im privaten Sektor. Eine andauernde Verbesserung dieser Situation setzt eine strukturelle Stärkung der europäischen Wirtschaft durch Kosteneindämmung und Steigerung der privaten Investitionstätigkeit und Produktivität voraus. Der Europäische Rat ist der Ansicht, dass in der gegenwärtigen Situation intensive Konsultationen mit den Sozialpartnern von allergrösster Bedeutung sind.

In diesem Zusammenhang erinnerte der Europäische Rat an seine früheren Schlussfolgerungen, wonach der gemeinsame Rat der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsminister beauftragt wurde, die allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, insbesondere die Arbeitslosigkeit zu prüfen. Er gab nachdrücklich seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass eine gründliche Vorbereitung einer solchen Ratstagung von äusserster Wichtigkeit ist.

Die Fortsetzung einer kohärenten Energiepolitik ist nach wie vor von grosser Bedeutung für die Stärkung der europäischen Wirtschaft. Eine Verringerung der Abhängigkeit von Oeleinfuhren und der Einsatz alternativer Treibstoffe sind ausschlaggebend für die Beschäftigungslage und die Zahlungsbilanz.

Hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Gemeinschaft werden rechtzeitig vor der nächsten Tagung des Europäischen Rates

Vorschläge zur Neustrukturierung der Gemeinschaftspolitik im Einklang mit den Beschlüssen vom 30. Mai 1980 unterbreitet.

Der Europäische Rat hat die Fischereiprobleme geprüft. Er gab seiner Besorgnis darüber Ausdruck, dass keine Einigung erzielt wurde, da sich dies auf die europäische Integration und die im Fischereisektor Beschäftigten auswirkt. Er bat daher den Rat (Fischereiminister) in dieser Woche zur Lösung der Probleme zusammenzutreten.

Der Europäische Rat hat den Rat (Landwirtschaftsminister) gebeten, seine Beratungen über die Vorschläge zu den Agrarpreisen und -einsparungen für 1981/1982 mit dem Willen fortzusetzen und zu intensivieren, bis zum 1. April 1981 eine Einigung zu erzielen.

Die Entwicklung weiterer Gemeinschaftspolitiken ist nach wie vor eine dringende Aufgabe, wenn man die Lebensfähigkeit der Gemeinschaft auf längere Sicht gewährleisten und die Ziele der wirtschaftlichen Konvergenz erreichen will.

Im Bereich der Industrie sollten koordinierte Bemühungen unternommen werden, um die Entwicklung von fortgeschrittenen Technologien und Neuerungen zu fördern, damit die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gestärkt wird. Es sollte für eine reibungslose Umstrukturierung der Industrie unter gebührender Berücksichtigung der Aufrechterhaltung fairer Wettbewerbsbedingungen und der sozialen Aspekte gesorgt werden.

Die Mitgliedstaaten sollten sich bei der Gewährung von staatlichen Hilfen zugunsten der Industrie nicht überbieten, da sich diese Hilfe letztendlich zum eigenen Nachteil und destruktiv auswirken würde. Insbesondere ist die Umstrukturierung der Stahlindustrie ein vorrangiges Ziel. Der Europäische Rat unterstützt alle Komponenten der Schlussfolgerungen des Rates (Industrie) vom 3. März. Er hebt insbesondere hervor, dass die Einheit des Marktes durch die Verringerung und schrittweise Beseitigung der staatlichen Hilfe und durch die Verringerung unwirtschaftlicher Kapazitäten gewahrt werden muss.

Die Gemeinschaft kann einen weiteren Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung leisten, indem sie die bestehenden Mechanismen zur Koordinierung der Politik voll einsetzt und dafür sorgt, dass die vorhandenen Fonds und Finanzmechanismen einen grösstmöglichen Beitrag zu den vereinbarten sozialen und wirtschaftlichen Zielen und der Verringerung der Arbeitslosigkeit leisten. In diesem Zusammenhang sollte den Möglichkeiten für eine höhere technologische Ausbildung und die Ausbildung der Jugend besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Der Europäische Rat ist der Auffassung, dass die Europäische Gemeinschaft die wirtschaftliche Rezession auf diese Weise erfolgreich überstehen und einen bedeutsamen Beitrag zur Wiederherstellung günstigerer Bedingungen leisten wird.

Spanien

Der Europäische Rat beglückwünschte den König und die Regierung Spaniens sowie das spanische Volk für ihre Reaktion auf die Angriffe, die vor kurzem gegen die demokratische Ordnung ihres Landes gerichtet wurden.

Damit wurden die politischen Strukturen bestätigt, die den Beitritt eines demokratischen Spanien zu der demokratischen Gemeinschaft ermöglichen, welche die Europäische Gemeinschaft darstellt.

Nord-Süd-Beziehungen

Der Europäische Rat hat hervorgehoben und bekräftigt, welche Bedeutung der Eröffnung konkreter Verhandlungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern über die schwerwiegenden internationalen Wirtschaftsprobleme zukommt. Im Hinblick hierauf und auf die geplanten internationalen Konferenzen beauftragte der Europäische Rat den Rat "Allgemeine Angelegenheiten", die Kommissionsvorschläge zur Gemeinschaftspolitik im Nord-Süd-Dialog zu prüfen und ihm auf der nächsten Tagung im Juni Bericht zu erstatten.

Europäischer Pass

Der Europäische Rat begrüsst die bedeutenden Fortschritte, die in letzter Zeit hinsichtlich der Einführung eines europäischen Passes erzielt wurden.